



Kommuniqué

Deutschland ist ein globalisiertes Land. Vom Erfolg deutscher Unternehmen auf globalen Märkten hängen unser Wohlstand, unsere Arbeitsplätze und die Qualität unseres Sozialstaats ab. Industrieunternehmen sind gute Steuerzahler und tragen weit überdurchschnittlich zu unserem Gemeinwesen bei. Dies gilt in besonderem Maße für Baden-Württemberg.

Ein starker Wirtschaftsstandort wie Deutschland braucht ein gutes, gerechtes und effizientes Steuersystem. Wir brauchen und haben eine leistungsfähige Finanzverwaltung, die für eine unbürokratische, faire, zielorientierte Steuererhebung sorgt und dem Steuerbürger auf Augenhöhe begegnet.

Im Bewusstsein, dass Industrieunternehmen wie Finanzverwaltung in der komplexer gewordenen Welt der Globalisierung nur gemeinsam den geforderten Beitrag für unsere Gesellschaft leisten können, verständigen sich wvib und die Baden-Württembergische Finanzverwaltung – nach einem offenen und produktiven, ersten Gedankenaustausch am 10.1.2014 – auf einen gemeinsamen Standpunkt, der Unternehmen und Finanzbehörden als Leitbild für kommende Begegnungen und Gespräche .

- 1) Die Parteien respektieren sich und ihre jeweiligen Aufgaben und Vorhaben. Sie streben an, sich in Tonlage und Verhalten immer auf Augenhöhe zu begegnen.
- 2) Die Parteien zeigen füreinander Verständnis und respektieren die unterschiedlichen Standpunkte:
 - a) Auslandsaktivitäten dienen der Erhöhung der globalen Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Volkswirtschaft, sie sind nicht *a priori* eine Umgehung von Steuerstatbeständen.
 - b) Die Finanzverwaltung - Veranlagung und Prüfung - erfüllt ihre gesetzliche Pflicht. Es gibt keine Planbudgets oder zentrale Vorstellungen über „zulässige“ Gewinnhöhen im Ausland.
 - c) Vorwürfe, Unterstellungen, Drohungen gehören auf beiden Seiten nicht zu einer sachdienlichen Kommunikation.
 - d) Gravierende Abweichungen von den Punkten 2.a bis c) werden, soweit die Vorsprache in den verschiedenen Stellen des Finanzamtes (Sachgebietsleiter/ Vorsteher) nicht zum Erfolg führt, bis zum Finanzpräsidenten (Steuer) eskaliert.

- 3) Die globalisierte Welt fordert von beiden Seiten hohen Sachverstand.
 - a) Die OFD KA trägt dem derzeit durch Bildung von landesweiten Kompetenzclustern (Pensionsfachprüfer, EDV, Ausland, ...) Rechnung. Auch innerhalb der Industrie gibt es gewaltige Branchenunterschiede bei Kennziffern, die betriebswirtschaftlich verstanden werden müssen, um fair agieren zu können. Der Deckungsbeitragsansatz führt häufig zu besseren Ergebnissen als der EBIT-Ansatz.
 - b) Die Unternehmen kämpfen mit ausländischer Rechtssetzung und Rechtsprechung und entwickeln ihre Organisationen und Beraterstrukturen kontinuierlich weiter. Auch Unternehmer müssen ihre steuerliche Allgemeinbildung erhöhen.
- 4) Das Thema Verrechnungspreise ist aufgrund seiner internationalen Komplexität (unterschiedliche Rechtsprechungen in In- und Ausland) bei Unternehmen wie Finanzbehörden ein besonderes Ärgernis, auch wenn derzeit noch nur jedes 20. betroffene Unternehmen Klage erhebt. Besonders problematisch sind aus Sicht der Unternehmen in Einzelfällen folgende Gesichtspunkte:
 - a) Der hohe Verwaltungsaufwand für umfangreiche Dokumentation einer der zugelassenen drei Verfahren (Preisvergleich, Wiederverkaufspreis, Kostenaufschlag).
 - b) Die häufig fehlende Würdigung und Akzeptanz der Dokumentation nach ihrer aufwändigen Erstellung.
 - c) Die Weigerung der Prüfer und Behörden, vorab einen Darstellungsweg zu diskutieren und verbindlich zu empfehlen. Das APA-Verfahren ist derzeit nicht mittelstandstauglich.
 - d) Die sich daraus ergebende „Basar-Situation“ zwischen Betriebsprüfer und Unternehmer, die sich oft erst am Tag der Schlussbesprechung ergibt, und die aufgrund ihrer Form Vertrauen und Klima beschädigt.
 - e) Die sich ebenfalls daraus ergebende fehlende Rechtssicherheit und die latente Gefahr einer Doppelbesteuerung in In- und Ausland, die grundsätzlich vermieden werden soll.
 - f) Die fehlende Rechtsklarheit, die hohen Summen, die auf dem Spiel stehen und das Fehlen von ausreichend und geschulten Prüfern macht das Thema zu einem dauerhaft schwelenden Konflikt.
 - g) Prüfungen sollten zeitnah erfolgen und rasch durchgeführt werden können. Bevor eine Prüfung nicht endgültig abgeschlossen ist, sollte keine zweite erfolgen.

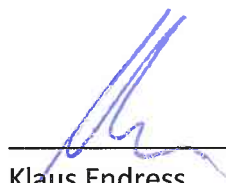
Die Klimagespräche finden bei Bedarf einmal jährlich mit teilweise wechselnden Unternehmen statt. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft wird über den Fortgang der Gespräche auf dem Laufenden gehalten.

Karlsruhe/Freiburg, 20. März 2014



Dietrich Weilbach

Finanzpräsident
Oberfinanzdirektion Karlsruhe
OFD KA



Klaus Endress

Präsident
Wirtschaftsverband Industrieller
Unternehmen Baden e.V. (wvib)